

Sitzungsperiode 2025-2026  
Sitzung des Ausschusses I vom 6. Oktober 2025

---

### FRAGESTUNDE\*

• **Frage Nr. 242 von Frau JADIN (PFF) an Ministerpräsident PAASCH zur Wirtschaftsförderung als Antwort auf Fachkräftemangel**

Mir ist es wichtig, dass Ostbelgien auch in Zukunft ein attraktiver Standort für Unternehmen bleibt.

Liberale Politik bedeutet für mich: Rahmenbedingungen schaffen, die unseren Betrieben Freiraum geben, zu investieren, Arbeitsplätze zu sichern und Fortschritt voranzubringen.

Der aktuelle Fachkräftebarometer 2025 zeigt allerdings ein beunruhigendes Bild: Rund 90 % der Unternehmen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft haben Schwierigkeiten, passende Mitarbeiter zu finden. Einige denken sogar über eine Verlagerung ihrer Aktivitäten nach. (Quelle: BRF, 17.09.2025).<sup>1</sup>

Das ist nicht nur ein Problem für den Arbeitsmarkt, sondern bedroht unmittelbar die Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität unseres Standortes. Wenn wir hier nicht gegensteuern, verlieren wir Chancen. Gerade in einer Grenzregion, in der andere Standorte wie Luxemburg ebenfalls um die besten Köpfe werben.

Der Wirtschafts- und Sozialrat Ostbelgien hat wiederholt konkrete Vorschläge gemacht. Doch wie WSR-Präsident Stephan Mathieu im BRF-Interview feststellt: „*Wir haben Vorschläge gemacht, das ist alles Theorie in unserem Barometer, und wir brauchen jetzt die Praxis. (...) Wir verspüren eine gewisse Ungeduld, dass wir da bald mal konkret anfangen.*“

Meine Fragen an Sie, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sind daher folgende:

1. Wie will die Regierung im Rahmen ihrer Wirtschaftsförderung Ostbelgien als Standort für Unternehmen stärken?
2. Welche Maßnahmen sind geplant, um Fachkräfte zu gewinnen und Abwanderungen vorzubeugen?

---

\* Die nachfolgend veröffentlichten Fragen entsprechen der von den Fragestellern hinterlegten Originalfassung.

<sup>1</sup> <https://brf.be/regional/2007142/>.

- **Frage Nr. 243 von Herrn KLINKENBERG (SP) an Ministerpräsident PAASCH zur Reaktion der Regierung zur geplanten Schließung der Dienststelle des Finanzministeriums in St. Vith**

In den vergangenen Wochen ist die geplante Schließung der Dienststellen des Finanzministeriums in St. Vith mehrmals zur Sprache gekommen. Unter anderem haben die Verantwortlichen der Stadt St. Vith auf die zahlreichen Nachteile dieser Entscheidung auf den Standort Eifel aufmerksam gemacht. Dabei geht es insbesondere um die Bürgernähe der Finanzverwaltung und den Erhalt von Arbeitsplätzen in St. Vith. Sogar die föderale Ministerin für öffentliche Modernisierung, Vanessa Matz, sieht in den geplanten Schließungen eine Gefahr für die Zugänglichkeit zu staatlichen Dienstleistungen im ländlichen Raum und beabsichtigt laut Grenz-Echo Bericht vom 9. September, den Finanzminister Jan Jambon aufzufordern, den Schließungsplan zu überarbeiten.

Auch wenn diese Entscheidung nicht in die Zuständigkeit der DG fällt, ist sie zumindest indirekt in mehrfacher Weise von ihr betroffen.

Dazu meine Fragen:

1. Ist die Regierung der DG über die Einzelheiten dieser Entscheidung informiert?
2. Wie steht die Regierung zu dieser Entscheidung?
3. Hat die Regierung bei der föderalen Regierung gegen diese Schließung protestiert?

- **Frage Nr. 244 von Herrn KLINKENBERG (SP) an Ministerpräsident PAASCH zur Verteilung der Einnahmen aus der Versteigerung der 5G-Lizenzen**

Vor kurzem ist in der belgischen Kammer die Verteilung der Einnahmen aus der in 2022 erfolgten Versteigerung der 5G-Lizenzen bis 2042 zur Sprache gekommen. Da diese die Zuständigkeiten sowohl des Föderalstaates als auch der Gemeinschaften betreffen, sollen diese Einnahmen zwischen Staat und Gemeinschaften aufgeteilt werden, so wie dies 2013 mit den 4G-Frequenzen der Fall war. Seinerzeit wurden 20% des Betrags von 360 Millionen Euro den Gemeinschaften zugewiesen. Bei den 5G-Frequenzen handelt es sich diesmal um einen Betrag von 1,4 Milliarden Euro, von denen Flandern 50% für die Gemeinschaften gefordert hat.

Dazu meine Fragen:

1. Wie ist der aktuelle Stand der Verhandlungen zwischen Föderalstaat und Gemeinschaften?
2. Welchen Standpunkt vertritt die Regierung der DG bei diesen Verhandlungen?
3. Mit welchen Einnahmen kann die DG in diesem Zusammenhang rechnen?

- **Frage Nr. 245 von Frau COLLING (ECOLO) an Ministerpräsident PAASCH zu Alternativen Finanzierungen für Schulbauten**

In Ihrer Regierungserklärung vom 15. September haben Sie angekündigt, künftig bei Infrastrukturausgaben verstärkt auf „alternative Finanzierungen“ zurückzugreifen, insbesondere bei Schulbauprojekten. Die Finanzierung des Schulbauprogramms II der DG sollte ursprünglich über eine klassische Kreditfinanzierung erfolgen. Wegen verschärfter Buchhaltungsrichtlinien der EU möchten Sie sich in Zukunft das flämische Modell zum Vorbild nehmen.

Flandern hat von 2006 bis 2023 mit dem Programm „Scholen van Morgen“ umfassend in die Schulinfrastruktur investiert und diese Projekte über Public-Private Partnerships (DBFM-Modell) finanziert, wobei private Partner Planung, Bau, Finanzierung und 30 Jahre Betrieb

übernehmen. Seit 2022 wird das Folgeprogramm „Scholen van Vlaanderen“ umgesetzt, das auf ähnliche Weise nachhaltige und moderne Lernumgebungen schafft, jedoch mit einem erweiterten Konsortium von Partnern und einem noch stärkeren Fokus auf Innovation und Nachhaltigkeit.<sup>2</sup>

Auch die DG hat bereits eigene Erfahrungen mit PPP gesammelt: Im Rahmen des ersten PPP-Schulbauprogramms in Eupen wurden acht Schulen an drei Standorten saniert oder neugebaut. Im Juli 2023 hat Ihre Regierung die entsprechenden Verträge vorzeitig beendet und die verbleibenden Schulden in Höhe von rund 83 Millionen Euro zurückgezahlt.<sup>3</sup> Außerdem wird der Glasfaserausbau in der DG seit 2021 als PPP-Projekt umgesetzt, bei dem neben der DG auch private Finanzinvestoren und Akteure aus dem Telekomsektor beteiligt sind.<sup>4</sup> Diese Beispiele zeigen, dass die DG das Instrument PPP bereits praktisch angewandt hat – mit unterschiedlichen Rahmenbedingungen und Erfahrungen.

Hierzu unsere Fragen:

1. Was ist genau mit „alternativen Finanzierungen“ hier in diesem Kontext gemeint?
2. Inwiefern unterscheidet sich diese Vorgehensweise von den PPP-Projekten, die in der DG bereits realisiert wurden?
3. Wie wirken sich diese Werkzeuge in Zukunft auf die Gesamtschuldenlast der DG aus?

• **Frage Nr. 246 von Frau COLLING (ECOLO) an Ministerpräsident PAASCH zu Anlagestrategien der Gemeinden**

Im Dezember 2024 gewährte die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Gemeinden eine Vorauszahlung ihrer Dotation in Höhe von insgesamt 110 Millionen Euro. Laut Aussagen der Regierung sollten die Gemeinden diese Mittel auch als Vermögensreserve anlegen, um Zinsgewinne zu erzielen. Die Vorauszahlungen sollten strategisch verwaltet werden, um mittel- bis langfristig zusätzliche Erträge zu generieren. Wichtig ist an dieser Stelle noch einmal daran zu erinnern, dass es sich lediglich um Vorauszahlungen für reguläre Dotationen handelt und nicht um zusätzliche Finanzmittel.

Diese Vorgehensweise haben wir als Ecolo-Fraktion mehrfach kritisiert und hinterfragt, da in unseren Augen die Kosten und Risiken eines solchen Manövers sehr viel höher sind, als der Vorteil, den ein kurzfristiger Liquiditätspuffer bringen kann. Trotzdem wurden die Vorauszahlungen getätigt, und es stellt sich nun die Frage, wie damit umgegangen wird.

Im vergangenen Monat vollendete die DG-Regierung ihren sogenannten „Gemeindemarathon“. Dabei wurden laut Presse unter anderem die Themen Infrastrukturvorhaben, Projekte der Regionalentwicklung und Zusammenarbeit zwischen Regierung und Gemeinden angesprochen. Obwohl das Thema der Anlagestrategien der Vorauszahlungen nicht explizit erwähnt wurde, bot dieser Austausch sicherlich eine Gelegenheit, über die Verwendung der Mittel und deren langfristige Auswirkungen zu diskutieren.

Vor diesem Hintergrund haben wir folgende Fragen:

1. Sind der Regierung bereits die geplanten Anlagestrategien der einzelnen Gemeinden für die erhaltenen Vorauszahlungen bekannt?
2. Falls ja, wie werden diese auf die Haushaltsplanung der DG abgestimmt?
3. Wie Sie wissen, sehen wir diese Vorauszahlungen kritisch und stellen uns sogar Fragen nach ihrer buchhalterischen Rechtmäßigkeit. Was haben Sie den Gemeinden anlässlich

<sup>2</sup> <https://www.agion.be/dbfm>.

<sup>3</sup> <https://brf.be/regional/1735768/>.

<sup>4</sup> <https://brf.be/regional/1533518/>.

des Gemeindemarathons zu diesen Vorauszahlungen gegebenenfalls als Handlungsweise empfohlen?

• **Frage Nr. 247 von Frau COLLING (ECOLO) an Ministerpräsident PAASCH zum Masterplan Eifel**

In Ihrer Regierungserklärung haben Sie den Masterplan Eifel erneut auf die Tagesordnung gesetzt. Der bereits 2017-2018 entwickelte und 2019 bei DG angemeldete Masterplan Eifel umfasst die Planung des Neubaus für das Pflegezentrum St. Elisabeth in St. Vith an einem neuen Standort sowie einen Um- und Anbau an der Klinik St. Vith.<sup>5</sup> Ziel des Projektes ist es, die Gesundheitsversorgung und Betreuung von Senioren in der Region zu stärken.<sup>6</sup> Ursprünglich ging die Regierung von Kosten in Höhe von rund 52 Millionen Euro aus, doch bereits in der vergangenen Legislatur zeichnete sich ab, dass dieser Betrag steigen würde. Tatsächlich wurde 2023 bekannt, dass sich die veranschlagten Kosten erheblich erhöht haben.<sup>7</sup>

Im Frühjahr 2024 bestätigte die DG-Regierung bereits, dass die Projekte des Masterplans Eifel im Rahmen des Infrastrukturdekrets finanziert werden könnten, also mit mindestens 60 % (Vivias-Projekt) bzw. 80 % (Klinik-Projekt) öffentlicher Unterstützung. Darüber hinaus habe auch die Europäische Investitionsbank (EIB) den beteiligten Partnern bereits Finanzierungsoptionen vorgestellt.<sup>8</sup> Nun teilten Sie in Ihrer Regierungserklärung mit, man habe dem Projekt Masterplan Eifel eine Unterstützung von 100 Millionen Euro zugesagt, was meines Wissens einer der größten jemals zugesagten Zuschüsse für ein einziges Projekt in der DG ist.

Hierzu unsere Fragen:

1. Wie sieht der Zeitplan zur Einforderung dieser Mittel seitens der Projektträger voraussichtlich aus?
2. Was bedeutet dies für andere Infrastrukturprojekte im Rahmen der von Ihrer Regierung angekündigten "Infrastrukturbremse"?
3. Wie wurde der Betrag von 100 Millionen Euro definiert, wenn man heute bereits weiß, dass das Projekt auf mehr als 150 Millionen Euro beziffert ist?

• **Frage Nr. 248 von Herrn CREMER (ProDG) an Ministerpräsident PAASCH zum Bau einer Umgehungsstraße zur N62**

Die Diskussionen bezüglich des Baus einer Umgehungsstraße zur N62 reichen bis weit in das vergangene Jahrhundert zurück. Es ist im wahrsten Sinne des Wortes eine „unendliche Geschichte“.

Zuletzt forderte das Parlament unserer Gemeinschaft in einer Resolution vom 25. April 2022 einerseits die Regierung der Wallonischen Region dazu auf, „die Planungen der Umgehungsstraße der N62 wieder aufzunehmen und das Projekt aufgrund der gegebenen Dringlichkeit schnellstmöglich in den Infrastrukturplan aufzunehmen“ und andererseits die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft dazu auf, „sich unverzüglich bei der Regierung der Wallonischen Region für die Fortführung des Projekts und die Lösung der Problematik einzusetzen sowie dabei die Dringlichkeit hervorzuheben“. Noch im Januar 2025 äußerte der neue Bürgermeister der Gemeinde Burg-Reuland im GrenzEcho-Interview (GrenzEcho vom 7. Januar

<sup>5</sup> [https://pdg.be/desktopdefault.aspx/tabid-4891/8665\\_read-70393/8665\\_page-57/?utm\\_source=chatgpt.com](https://pdg.be/desktopdefault.aspx/tabid-4891/8665_read-70393/8665_page-57/?utm_source=chatgpt.com).

<sup>6</sup> <https://brf.be/regional/1827783/>.

<sup>7</sup> <https://www.grenzecho.net/95344/artikel/2023-09-06/masterplan-eifel-verteuert-sich-deutlich>.

<sup>8</sup> <https://www.grenzecho.net/106561/artikel/2024-05-09/finanzierung-des-masterplans-eifel-geklart>.

2025) seine Zuversicht darüber, dass sich in dieser Angelegenheit etwas tun werde, „denn der Ministerpräsident hat die N62 zur Chefsache erklärt.“

Am 12. September 2025 meldete nun die Tageszeitung GrenzEcho, dass der Bau einer N62-Umgehungsstraße in immer weitere Ferne rückt. Aus Kostengründen werde die Wallonische Regierung vom Bau einer Umgehungsstraße absehen und stattdessen beabsichtigen, die Sicherheit auf der bestehenden Trasse zu verbessern. Auf dem Treffen der Regierungen der Wallonischen Region und der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 3. Juli 2025 in Namur habe man sich darauf geeinigt, zu diesem Zwecke eine Arbeitsgruppe einzusetzen.

Diesbezüglich möchte ich Ihnen, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, folgende Fragen stellen:

1. Können Sie bestätigen, dass man sich auf Ebene der Wallonischen Region anstelle des Baus einer Umgehungsstraße zur N62 schlussendlich nur noch auf verkehrssichernde Maßnahmen auf der bestehenden N62 beschränken wird?
2. Wie lautet der präzise Auftrag dieser Arbeitsgruppe?
3. Bis wann sollen die Arbeiten dieser Arbeitsgruppe abgeschlossen sein?

• **Frage Nr. 249 von Herrn CREMER (ProDG) an Ministerpräsident PAASCH zur Zukunft von Ostbelgieninvest**

Am 11. September 2025 berichtete die Tageszeitung Le Soir (S. 8-9), dass der wallonische Wirtschaftsminister Pierre-Yves Jeholet eine „Rationalisierung“ und eine Effizienzsteigerung der neun in der Wallonie existierenden Investgesellschaften anstrebt. Zudem soll es zukünftig eine engere Verzahnung der Investgesellschaften mit Wallonie Entrepreneurs geben.

Dieses Vorhaben wird bereits im wirtschaftspolitischen Kapitel (S. 18) der Déclaration de Politique Régionale Wallonne vom 14. Juli 2024 festgeschrieben. Wörtlich heißt es: „Toujours dans un objectif de rationalisation et dans la continuité de la réforme des outils économiques et financiers régionaux, les filiales et structures redondantes ou sans réelle plus-value seront supprimées. Il sera par ailleurs travaillé à la rationalisation du nombre d’Invests wallons tout en renforçant leur articulation avec Wallonie Entrepreneurs.“

Ostbelgieninvest ist eine dieser neun Risikokapitalgesellschaften, deren Einzugsbereich sich aber nicht auf das Gebiet der Deutschsprachigen Gemeinschaft beschränkt.

Im oben genannten Artikel der Tageszeitung Le Soir wird Gaëtan Servais, Hauptgeschäftsführer der Investgesellschaft Noshag in der Provinz Lüttich, mit der Aussage zitiert, dass entgegen gewisser Gerüchte keine Fusion zwischen den beiden Investgesellschaften Noshag und Ostbelgieninvest angestrebt wird. Zwar sei eine Fusion denkbar; diese ergebe aber aufgrund der sprachlichen Besonderheiten von Ostbelgieninvest und deren zahlreichen Verbindungen zum Großherzogtum Luxemburg und zu Deutschland keinen Mehrwert. Wörtlich sagte er : „On pourrait fusionner mais cela n’a pas beaucoup de sens. Cela n’apporte aucune valeur ajoutée. Ostbelgieninvest fait ses dossiers en allemand et est actif sur un territoire très ancré dans la communauté germanophone. Ils ont des synergies avec le Grand-Duché ou l’Allemagne. En fusionnant, on perdrait cette spécificité.“

Vor dem Hintergrund der Fusionsbestrebungen von Investgesellschaften in der Wallonischen Region und der Berichterstattung vom 11. September in der Tageszeitung Le Soir möchte ich Ihnen, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, folgende Fragen stellen:

1. Welche Auswirkungen hätte eine Fusion von bestehenden Investgesellschaften auf Ebene der Wallonischen Region auf Ostbelgieninvest?

2. Welche Formen der Zusammenarbeit (Synergien) werden zwischen den Investgesellschaften Ostbelgieninvest und Noshag angestrebt?
3. Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit zwischen Ostbelgieninvest und Noshag innerhalb von Move Invest?

• **Frage Nr. 250 von Herrn BALTER (VIVANT) an Ministerpräsident PAASCH zur Eyneburg**

Die DG übernahm die Eyneburg 2023 zum Preis von 2,1 Mio. €. <sup>9</sup> Am 29.01.2024 meldeten Sie die Unterzeichnung einer Absichtserklärung (Letter of Intent) mit einem externen Investor aus Brüssel; Verhandlungen sollten starten. <sup>10</sup> In der Fragestunde vom 19.02.2024 stellten Sie ein einfaches Mietverhältnis in Aussicht, weshalb bis dahin keine Ausschreibung nötig sei; Ostbelgieninvest habe den Business-Plan geprüft, eine Arbeitsgruppe sei eingesetzt, eine Veröffentlichung beim Start des Mietvertragsverfahrens vorgesehen. <sup>11</sup> In der Regierungserklärung vom 16.09.2024 kündigten Sie die Finalisierung der Partnerschaft bis Jahresende 2024 an. <sup>12</sup> In Ihrer Antwort vom 12.05.2025 heißt es hingegen, dass am 27.01.2025 nach öffentlicher Ausschreibung eine Konzession an Emmaburg erteilt wurde; die architektonischen Vorstudien sollen 2025 erfolgen (115.710 €), das Betriebsmodell ab 2028 anlaufen. Gleichzeitig standen dringende Sicherungsarbeiten an: amtliche Kostenschätzung 297.677,70 € <sup>13</sup>, während die am 29.09.2025 angelaufenen Arbeiten rund 400.000,- € veranschlagen <sup>14</sup><sup>15</sup>. Für weitere Erstinstanzsetzungen sind insgesamt 1,5 Mio. € angesetzt.

Trotz angeblichem Zuschlag sind die Vertragsparameter nicht öffentlich einsehbar; ein verbindlicher Zeitpfad mit Meilensteinen und eine klare Obergrenze für DG-Mittel fehlen. Für eine zügige, wirtschaftlich tragfähige und verlässlich öffentliche Nutzung sind Transparenz zu Vertragsstand, Terminplan und Kostenrahmen jedoch erforderlich.

Meine Fragen lauten wie folgt:

1. Ist inzwischen ein rechtswirksam unterzeichneter Konzessionsvertrag zwischen der Eyne GmbH und Emmaburg in Kraft?
2. Welcher verbindliche Zeitplan besteht für die weitere Umsetzung des Eyneburg-Projekts?
3. Wie hoch sind die über 2,1 Mio. € Ankauf, 0,4 Mio. € Sicherung und 1,5 Mio. € Erstinstanzsetzung hinaus veranschlagten weiteren Kosten des Projekts?

---

<sup>9</sup> ProDG - Eyneburg - <https://prodg.be/wp-content/uploads/pm20230130-eyneburg-nun-endgueltig-im-besitzer-deutschsprachigen-gemeinschaft.pdf>.

<sup>10</sup> Oliver Paasch - Wiederbelebung der Eyneburg - <https://oliver-paasch.be/2024/01/29/wiederbelebung-der-eyneburg/>.

<sup>11</sup> Bulletin der Interpellationen und Fragen Nr. 47 (2019-2024) vom 29. Februar 2024, Seite 12-15. -Bulletin der Interpellationen und Fragen Nr. 47 (2019-2024) vom 29. Februar 2024, Seite 12-15.

<sup>12</sup> Oliver Paasch - Großes im Kleinen bewirken - <https://oliver-paasch.be/wp-content/uploads/sites/2/2024/09/240916-regierungserklaerung-grosses-im-kleinen-bewirken.pdf#page=10>.

<sup>13</sup> PDG.be - [https://pdg.be/desktopdefault.aspx/tabid-5093/8772\\_read-74606/](https://pdg.be/desktopdefault.aspx/tabid-5093/8772_read-74606/).

<sup>14</sup> GrenzEcho - <https://www.grenzecho.net/art/d-20250903-HDQMZP>.

<sup>15</sup> BRF.be - <https://brf.be/regional/2010614/#>.